

Position der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)

**Wirtschaftswende jetzt!
- 8 Punkte für nachhaltiges Wachstum**

20. Februar 2025

Wer wir sind

Die Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) ist der Spitzenverband der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Wir vertreten die Interessen unserer Unternehmen in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur, Energie, Arbeit, Soziales, Bildung und Digitalisierung. Hierbei sprechen wir für rund 150.000 Unternehmen mit über einer Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigter. Wir verleihen der Wirtschaft eine starke Stimme, indem wir die Positionen unserer Mitglieder in einen gesamtwirtschaftlichen Kontext stellen und in die politische Meinungsbildung einbringen.

Einleitung

Die deutsche Wirtschaft steckt in der längsten Rezession ihrer Geschichte. Während andere Volkswirtschaften trotz globaler Herausforderungen wachsen, stagniert unsere Wirtschaft seit nunmehr einem Jahrzehnt. Inzwischen ist die Lage alarmierend: Im internationalen IMD-Standortranking ist Deutschland von Platz 6 auf Platz 24 abgestürzt. Die Wirtschaftsleistung ist zwei Jahre in Folge geschrumpft, und für 2025 wird erneut ein Minus prognostiziert.

Hauptursachen sind tiefgreifende strukturelle Defizite: Hohe Energiekosten, eine übermäßige Steuer- und Abgabenlast sowie immer mehr Bürokratie und zu geringe Investitionen in die Infrastruktur bremsen das Wachstum und verhindern Innovationen. Die Folge: Viele Unternehmen verschieben notwendige Investitionen auf unbestimmte Zeit und Produktionen werden zunehmend ins Ausland verlagert. Die De-Industrialisierung des Wirtschaftsstandortes ist in vollem Gang. Auch in Rheinland-Pfalz. Trotz der weitreichenden Folgen spielt diese Entwicklung in den Medien nur eine untergeordnete Rolle.

Die hiesige Wirtschaft ist vor allem aufgrund ihrer überdurchschnittlich hohen Energieintensität betroffen. Die nicht wettbewerbsfähigen Energiepreise belasten vor allem unsere Kernindustrien. In vielen Branchen kommt es zu Auftragsrückgängen und sinkenden Umsätzen. Zusätzlich beeinträchtigen geopolitische Unsicherheiten und volatile Märkte den Außenhandel, der für unseren exportorientierten Wirtschaftsstandort von zentraler Bedeutung ist. Dies schlägt sich zunehmend auf unserem Arbeitsmarkt durch. Auch in Rheinland-Pfalz ist die Kräftenachfrage der Unternehmen zuletzt gesunken, während die Arbeitslosigkeit gestiegen ist.

Eine Wirtschaftswende ist zwingend erforderlich. Eine kohärente und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik muss wieder in den Mittelpunkt des politischen Handelns rücken, um Unternehmen zu entlasten, Investitionen und Innovationen zu fördern sowie Planungssicherheit zu gewährleisten. Denn wirtschaftliches Wachstum ist der Garant für soziale Sicherheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt, wirksame Investitionen in Klimaschutz und demokratische Stabilität.

Die LVU fordert von der künftigen Bundesregierung daher umfassende wirtschaftspolitische Maßnahmen in den folgenden acht zentralen Handlungsfeldern, um Deutschland Rheinland-Pfalz zurück auf Wachstumskurs zu bringen:

1. Energieversorgung, -sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit

Eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung ist eine Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. Energiepreise müssen international wettbewerbsfähig werden, indem insbesondere Steuern und Umlagen gesenkt werden. Auch brauchen wir schnelle und effektive Genehmigungsverfahren beispielsweise für Windenergieanlagen. Der Wasserstoffhochlauf kann nur gelingen, wenn rasch eine flächendeckende Infrastruktur realisiert wird und Wasserstoff ausreichend zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht. Die CO₂ Transport- und Speicherinfrastruktur muss ebenfalls vorangetrieben werden und dafür u.a. offene Finanzierungsfragen zeitnah geklärt werden. Die Wirtschaft steht zum Klimaschutz. Aber Klimaziele müssen realistisch sein und dürfen die Wettbewerbsfähigkeit nicht weiter gefährden. Auch von der rheinland-pfälzischen Landesregierung erwarten wir, dass dieser Zusammenhang berücksichtigt wird, u. a. bei der anstehenden Novelle des Landesklimaschutzgesetzes.

2. Bürokratieabbau, Digitalisierung und Deregulierung

Bürokratie und Berichtspflichten behindern unternehmerisches Handeln und Innovationen. Es reicht jedoch nicht, jede neue Belastung durch eine äquivalente Entlastung zu kompensieren. Wir müssen netto weniger Bürokratie wagen. Nicht nur im Bund, sondern auf allen Ebenen. Der Abbau überflüssiger Bürokratie muss auch in Rheinland-Pfalz bei allen Vorhaben konsequent umgesetzt werden. Die bisherigen Ansätze dürfen keine bloßen Absichtserklärungen und halbgare Lösungen sein. Es ist Zeit für einen grundlegenden Wandel wie Gesetze gemacht werden – hin zu einer Vertrauenskultur. Genehmigungsverfahren müssen durch digitale Prozesse effizienter gestaltet werden, um Unternehmen schnelle, verlässliche Verfahren und Planungssicherheit zu bieten. Besonders im Bereich der Infrastrukturprojekte und Industrieanlagen müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, um wirtschaftliche Entwicklung nicht unnötig auszubremsen.

3. Infrastrukturoffensive

Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat einer starken Wirtschaft. Investitionen in Bundesfernstraßen, den Schienenverkehr und digitale Netze müssen erhöht und der Investitionsstau aufgelöst werden. Bau- und Infrastrukturprojekte dürfen nicht durch langwierige Genehmigungsverfahren behindert werden. Der parallele Ausbau einer leistungsfähigen Lade- und H₂-Tankinfrastruktur ist entscheidend, vor allem für Nutzfahrzeuge. Nur mit einer zukunftsfähigen, angemessen finanzierten Infrastruktur bleibt Deutschland ein attraktiver Wirtschaftsstandort.

4. Fachkräftesicherung und gezielte Zuwanderung

Der Fachkräftemangel stellt eine der größten Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft dar. Um diesem entgegenzuwirken, müssen Einwanderungsverfahren für qualifizierte Arbeitskräfte erheblich vereinfacht werden. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sollte durch einheitliche Standards und verkürzte Prüfprozesse

deutlich beschleunigt werden. Gleichzeitig gilt es, junge Menschen gezielt für technische und naturwissenschaftliche Berufe zu begeistern. MINT-Fächer müssen verstärkt gefördert werden, um langfristig den Bedarf an Fachkräften zu decken. Ergänzend dazu sind bundesweite Programme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszubauen, um das Arbeitskräftepotenzial bestmöglich auszuschöpfen.

5. Arbeitsmarkt- und Sozialreformen

Ein flexibles Arbeitsrecht ist notwendig, um moderne Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen und die Produktivität zu steigern. Die Sozialabgaben müssen dauerhaft unter 40 % des Arbeitsentgelts gehalten werden, um die Lohnnebenkosten für Unternehmen nicht weiter zu erhöhen. Zusätzliche Belastungen durch neue Sozialabgaben gilt es zu vermeiden. Eine aktivierende Sozialpolitik sollte Erwerbsarbeit attraktiver gestalten als Transferleistungen, um die Beschäftigungsquote nachhaltig zu steigern und Menschen wieder stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

6. Steuer- und Finanzpolitik

Unternehmen benötigen eine verlässliche Steuerpolitik, um wettbewerbsfähig zu bleiben und in die Zukunft investieren zu können. Eine Senkung der unternehmensbezogenen Steuerlast ist essenziell, um Wachstum und Innovation zu fördern. Entsprechend gilt es, wachstumsfeindliche Maßnahmen wie Steuererhöhungen oder sogar eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer, zu vermeiden. Eine solide Finanzpolitik erfordert die Einhaltung der Schuldenbremse - bei einer gleichzeitig konsequenteren Priorisierung der Ausgaben. Investitionen in Forschung und Entwicklung sind der Schlüssel für technologischen Fortschritt und die Erschließung neuer Märkte. Nur so kann Deutschland seine Innovationskraft stärken und sich im internationalen Wettbewerb behaupten.

7. Förderung von Start-ups und Innovationen

Start-ups sind essenziell für wirtschaftliches Wachstum und technologische Fortschritte. Sie schaffen neue Arbeitsplätze und treiben den digitalen sowie ökologischen Wandel voran. Daher muss der Zugang zu Wagniskapital verbessert und die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und jungen Unternehmen intensiviert werden. Ebenso müssen bürokratische Hürden abgebaut werden. Innovationsförderung sollte gezielt erfolgen, um Deutschland als führenden Innovationsstandort zu etablieren.

8. Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft und der Sozialpartnerschaft

Eine starke Soziale Marktwirtschaft ist das Fundament für Wohlstand und Stabilität. Staatliche Eingriffe sollten auf ein notwendiges Maß begrenzt bleiben, während unternehmerische Freiheiten gewahrt werden müssen. Die Tarifautonomie bildet ein zentrales Element dieser Ordnung und sollte unangetastet bleiben, damit Löhne weiterhin von den Sozialpartnern verhandelt und nicht politisch beeinflusst werden. Ebenso müssen Mindestlöhne durch die paritätische Mindestlohnkommission festgelegt werden. Eine Gesellschaft, die auf Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Wettbewerbsfähigkeit setzt, schafft langfristige Perspektiven für Arbeitnehmer und Unternehmen gleichermaßen.